

Leserbrief zum Thema Gewerbe-und Industriegebiet Gailhof

Ein Musterbeispiel für Politikverdrossenheit

Ende April 2016 war für einen Teil des Gemeinderates ein geplanter Hallenkomplex vor Gailhof noch ein „Schandfleck für die Wedemark“ und man „ werde mit aller Kraft gegen dieses Vorhaben vorgehen“. So hieß es in einer Stellungnahme vor der letzten Gemeinderatswahl. Nachzulesen gewesen bis Mitte August dieses Jahres im Internet. Als sich erster Widerstand regte, wurde der Schriftsatz gelöscht. Versprechen nicht eingehalten!

Nach der legendären Versammlung in Meitze zu dem Thema „ Megahallen zwischen Gailhof und Meitze“ hieß es, die Sache „sei vom Tisch“. So habe ich es bis zum Frühjahr dieses Jahr immer wieder vernommen. Stimmt auch nicht mehr!

Jetzt sind sie sogar dafür. Hallenhöhen bis 15m im Industriegebiet sollen nach letztem Stand ermöglicht werden und das bis dicht an die Wohnbebauung heran. Zu Windrädern muss ein Abstand zu Wohnorten von jetzt noch einem Kilometer eingehalten werden. Energieüberlandleitungen müssen in Wohnortnähe im Erdreich versenkt werden. Bis zu 15 M hohe Industriehallen bis dicht an Wohnhäuser heran sollen genehmigungsfähig sein? Das kann doch wohl nicht angehen. Sollte es aber so kommen, so wird man unserem Dorf und seiner unmittelbaren Umgebung eine Verletzung zugefügt haben, die für immer unheilbar sein wird.

Welche Interessen werden hier eigentlich befriedigt? Die Interessen eines großen Teils der Einwohner Gailhofs sind es jedenfalls nicht. Mit ihnen wird auch von seitens der Gemeinde nicht wirklich gesprochen und das finde ich reichlich respektlos uns Wählern gegenüber. Bei einer Sache von so großer Bedeutung für die unmittelbare Umgebung unseres Dorfes und damit für unser aller Wohlbefinden hätte man sich, bevor eine so bedeutungsvolle Entscheidung getroffen wird, mit der Dorfmehrheit verständigen müssen. Außerdem: Alternativmöglichkeiten, wenn auch etwas bescheidener, gäbe es doch auch.

So aber wie das ganze Verfahren jetzt abläuft, sehe ich darin ein Musterbeispiel für die Förderung von Politikverdrossenheit und Protest mit voraussichtlich unerwünschten Folgen.

Max Steinborn, Gailhof.